

Otmar Höll

## Österreich unter Beobachtung: Ein Rück- und ein Ausblick

Mit einer Mischung aus Sarkasmus und Indolenz stellen manche fest, dass die Ereignisse rund um die „Reaktionen der XIV“<sup>1</sup> auf die Regierungsbildung von ÖVP und FPÖ zu Beginn des Jahres 2000 zweifellos auch eine positive Konsequenz für die österreichische Außenpolitik gebracht haben: Die Wahrscheinlichkeit, dass Österreich/Austria heute noch mit Australien/Australia verwechselt werden könnte, sei erheblich gesunken. Damit ist aber auch bereits der größte Teil der augenfällig positiven Konsequenzen benannt.

Realistischer Weise muss daher gegenwärtig in der internationalen Staatenwelt von einem Bild über Österreich ausgegangen werden, in dem negative Konnotationen überwiegen. Ungewohnt für ein Land, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und noch lange danach mit nostalgisch-barocken bis ländlich-gemütlichen Attributen einerseits und mit der Opferrolle (als Nazi-Deutschlands erstes Angriffsziel), aber jedenfalls positiv assoziiert wurde, und das sich später durch seine wirtschaftlichen Erfolge und aktive Außenpolitik ein erhebliches Ansehen in der Staatengemeinschaft erwerben konnte. Damit hat die österreichische Außenpolitik heute eine gewaltige Hypothek aufzuarbeiten, die über bloße Image-Korrektur weit hinausgeht und sehr grundsätzliche Fragen hinsichtlich der zukünftigen Konzeption und Gestaltung des von Österreich vermittelten Bildes von sich selbst (Selbstdarstellung, Identität) und seines aktiven Beitrags für die Staatengemeinschaft (Wertebasis, Profil – wofür tritt Österreich ein?) aufwirft. Nach der weltweit rezipierten „Waldheim-Debatte“ in der zweiten Hälfte der 80er Jahre standen Österreich und seine Politik(er) innerhalb relativ kurzer Zeit neuerlich unter negativen Vorzeichen im Zentrum der internationalen Medienöffentlichkeit. Und, was nicht verwundern sollte, beide Ereignisse sind über einen gemeinsamen Kontext, den unklaren und selektiven Umgang mit der österreichischen Vergangenheit, eng miteinander verbunden.

Zurecht schreibt Anton Pelinka<sup>2</sup> eingangs seines Artikels in der Europäischen Rundschau über das Verhältnis Österreichs zur EU nach der Regierungsbildung vom Februar 2000, dass in einem parlamentarischen System eigentlich nichts selbstverständlicher sei, als dass zwei Parteien, die gemeinsam in Besitz einer parlamentarischen Mehrheit sind, eine Regierung bilden und die (relativ) stärkste Partei sich mit der Oppositionsrolle abfinden muss. Jedoch ist Österreich eben, aufgrund seiner in mehrfachen Brüchen verlaufenen Geschichte im vergangenen Jahrhundert, kein „normales“ Land, v.a. nicht aus der Sicht des Auslandes, auch nicht realiter, gemessen an westeuropäischen Standards. Im darauf folgenden Aufsatz von Norbert Leser<sup>3</sup> geht dieser noch einen Schritt weiter und bezichtigt alle jene Politiker, die „die Zeichen der Zeit nicht erkannten“, sie seien offensichtlich der „Suggestion der Macht, deren sie sich so lange bedient hätten“, erlegen. Es sei im übrigen hoch an der Zeit gewesen, dass mit dem System der großen Koalitionsregierungen (gemeint sind die über lange Perioden der Zweiten Republik dauernden gemeinsame Regierungsverantwortung von SPÖ und ÖVP) Schluss gemacht werde, und Österreich damit den längst fälligen Übergang zu einer Demokratie westlichen Zuschnitts vollziehen könne.

---

<sup>1</sup> Neben den vierzehn Mitgliedstaaten der EU haben auch noch andere Staaten, die USA, Kanada, Norwegen, Polen, die Tschechische Republik, Costa Rica und Israel (das seinen Botschafter aus Wien abberufen hat) die Beziehungen zu Österreich herabgestuft.

<sup>2</sup> Vgl. den Artikel von Anton Pelinka, „Österreich und Europa. Zur Isolierung eines Landes“, in: Europäische Rundschau 2000/1, S. 3-8, mit dem die Europäische Rundschau in den Folgeheften eine Diskussion zum zukünftigen Verhältnis Österreichs und der EU eröffnete.

<sup>3</sup> Siehe Norbert Leser, „Österreich bleibt Teil Europas. Zur Lage Österreichs im beginnenden Jahrtausend“, in: Europäische Rundschau 2000/2, S. 36 (S. 35-47).

Dennoch führte dieser im Februar 2000 erfolgte Akt „politischer Normalität“ zu den bekannten Reaktionen der XIV gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ mit den hinlänglich bekannten „Reaktionen“ oder „Maßnahmen“<sup>4</sup> die in einem Essay in der FAZ vom 1. April 2000 (Autor: Frank Böckelmann) als „Extremismus-Alarm“, ausgelöst von den „vierzehn Regierungen und dem Gros der Journalisten und Intellektuellen Europas“ bezeichnet wurde. Und tatsächlich wurden die Maßnahmen vielerorts in Europa mit mehr oder weniger verdeckter oder offener Genugtuung kommentiert und meist gutgeheißen. Der französische Präsident Jacques Chirac (und mit ihm nahezu „toute la France“) erachtete die Maßnahmen als angemessen und notwendig, um einer etwaigen Vorbildwirkung dieser österreichischen Koalition für Frankreich und andere Länder der EU (gemeint waren sicherlich auch einige Erweiterungskandidaten-Länder) entgegenzutreten. Ebenso warnte der belgische stellvertretende Ministerpräsident, Europa dürfe nicht „von der Fäulnis der extremen Rechten angesteckt werden“; und auch er wird mit nicht geringer Sorge die Entwicklungen in seinem eigenen Land im Sinn gehabt haben. In Berlin wiederum, schrieb die FAZ vom 2. Februar 2000, habe geradezu „regierungsamtliche Begeisterung geherrscht“, da es sich in ihrer Einschätzung tatsächlich um „ein neues Kapitel europäischer Geschichte handle“.<sup>5</sup> Der portugiesische Ministerpräsident Antonio Guterres erklärte, Fremdenfeindlichkeit, und Rassismus seien mit dem demokratischen Ethos und den europäischen Grundwerten in absolutem Widerspruch (Le Monde vom 2. Februar 2000).

Es wäre aus österreichischer Sicht allerdings nur wenig zielführend, eine Interpretation dieser Stimmen zu kultivieren, als ob die EU insgesamt eine bewusste Desavouierung der politischen Situation in Österreich als europaweit singulär bezweckte: Nicht weil Österreich als einziges Land der Union Ausgangspunkt rechtsradikaler Tendenzen ausgemacht worden sei, sondern gerade weil in anderen Ländern ähnliche, vielleicht im Einzelfall radikalere Entwicklungen zu beobachten sind, glaubten die Protagonisten der Maßnahmen in der bekannten Weise handeln zu müssen. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass Äußerungen wichtiger politischer Repräsentanten der FPÖ als Verharmlosung des Nationalsozialismus verstanden wurden, und damit ein zentraler – antinazistischer – europäischer Grundkonsens gebrochen wurde. Außerdem wurde auch nicht das bloße Faktum rechtsradikaler oder rechtspopulistischer Tendenzen in Österreich „sanktioniert“, sondern die Aufnahme einer derart eingestuft Partei in eine europäische Regierung, was tatsächlich als einmaliger Tabubruch verstanden wurde.<sup>6</sup> Ob die dann gewählte Form des Vorgehens der XIV weise oder nicht doch überzogen war, sei vorerst dahingestellt.

Anders die Interpretationen und der Umgang mit den Maßnahmen in Österreich. Hier wurden die Maßnahmen gegen die Regierung mit Unverständnis und genereller Abwehr aufgenommen und sehr rasch und pauschal als „Sanktionen gegen Österreich“ gedeutet. Diese Wortwahl übernahmen nach einigen Wochen, nachdem absehbar war, dass ein Rücktritt der Regierung nicht erfolgen würde und ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung jedes Verständnis für die Aufrechterhaltung der Maßnahmen missbilligte, auch die beiden Oppositionsparteien.

---

<sup>4</sup> Ich werde mich im folgenden einer genaueren Auseinandersetzung über den etwaigen völker- oder unionsrechtlichen Charakter der Maßnahmen enthalten, weil dies an anderer Stelle bereits, wie ich meine, hinreichend geschehen ist und mich im wesentlichen auf die politischen Folgen für die hauptsächlich Beteiligten, die EU und Österreich und auf ihr Verhältnis zueinander beschränken. Zur Diskussion über die rechtliche Wertung der „Sanktionen“ vgl. u.a. die Beiträge von Waldemar Hummer und Manfred Rotter in den beiden Heften 2 und 3/2000 der Europäischen Rundschau, sowie den Beitrag von Peter Pernthaler/Peter Hipold in: integration 2000, April 2000, S.105-119.

<sup>5</sup> Zitiert nach Heinrich Schneider, „Österreich in Acht und Bann – ein Schritt zur integrierten ‚Wertegemeinschaft‘?“, in: integration 2/00, April 2000, S. 120 (bis 148).

<sup>6</sup> Dass die relevanten österreichischen Politiker vom Portugiesischen Ministerpräsidenten und vom Aussenminister davon informiert waren, dass mit Maßnahmen im Falle der Regierungsbeteiligung der FPÖ zu rechnen sei („...had already informed the Austrian authorities that there would be no business as usual...“), ist im „Statement“ der Portugiesischen Präsidentschaft enthalten und von den Betroffenen selbst bestätigt worden, nur waren sie von der Schärfe der Maßnahmen überrascht.

Wie lässt sich nun die Problemlage möglichst realitätsgerecht analysieren und welche - wahrscheinlichen – Konsequenzen ergeben sich dementsprechend für die zentralen Akteure, das heißt für die XIV bzw. die Europäische Union einerseits und für Österreich andererseits? Oder anders und konkreter gefragt, ist eher jenen Positionen zu folgen, die – wie etwa Heinrich Schneider (2000, S.123) in einem diesbezüglichen Beitrag u.a. ausführt – davon ausgehen, dass die Verhältnisse in Österreich eben aufgrund seiner Geschichte und der daraus resultierenden politischen Strukturen und Kultur sehr spezifisch (d. h. gemessen nach westlichen Demokratiestandards rückständig) seien, oder ist jenen zuzustimmen, wie etwa Karl Otto Hondrich (Wiener Zeitung vom 19. Mai 2000), die behaupteten, dass Österreich eigentlich ungerechtfertigt so behandelt wurde und die „Sanktionen“ geradezu ein Lehrbeispiel für den sozialpsychologischen Mechanismus des Suchens und Findens eines „Sündenbocks und Prügelknaben“ liefern.<sup>7</sup> Ich möchte im folgendem kurz beiden polargegensätzlichen Sichtweisen nachgehen.

Eines der für die Entwicklung der politischen Strukturen Österreichs im letzten Jahrhundert relevanten Spezifika (und v.a. der Periode der 2. Republik) bilden zweifelsohne der von in- und ausländischen Politologen und Historikern oft kritisierte Umstand der „Allgegenwart“ der beiden ehemals großen „Lagerparteien“ ÖVP und SPÖ in Staat und Gesellschaft, die durch (neo-)korporatistische Strukturen – die Dominanz der, ebenfalls aufs engste mit den beiden genannten Parteien verflochtenen Interessenverbände in allen sozioökonomischen Bereichen – nahezu das gesamte öffentliche Leben in Österreich bis in den privaten Bereich kontrollierten.<sup>8</sup> Nun war die sozialpartnerschaftliche Konstruktion und die über lange Perioden laufenden Großen Koalitionen zwar für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens und für einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau und die weitere Entwicklung des Landes nach den politischen Verstrickungen von Parteien und Gesellschaft der Zwischenkriegszeit bis in die Zeit der Besetzung und der Teilsouveränität Österreichs ein geeignetes und überaus erfolgreiches Modell gesellschaftlicher Entwicklung bis in die Zeit der 70er Jahre, das aber später durch zunehmende Internationalisierung/Globalisierung, und damit die zunehmende Bedeutung internationaler Entwicklungen für Österreich) in der traditionellen Form obsolet wurde.<sup>9</sup> Zudem wurde – und auch hier kommt der Elitenkonsens zwischen den beiden Großparteien ursächlich zum Tragen – aus Gründen der Opportunität und der engen, wahrscheinlich allzu engen, Interpretation des „nationalen“ Interesses unter dem Prätext der prinzipiellen Opferrolle Österreichs jede differenzierte und notwendige Aufarbeitung der österreichischen Geschichte und v.a. der Zeit des Nationalsozialismus in der Bevölkerung, weitgehend unterlassen.<sup>10</sup> Die daraus resultierende demokratiepolitische und gesellschaftliche Rückständigkeit Österreichs

---

<sup>7</sup> Dem Sündenbock kommt im sozialen Kontext die Aufgabe zu, die restliche Gruppe oder das Kollektiv von den „Kräften des Bösen“ zu befreien. Im jüdisch-babylonischen Ritual wurde einem Tier durch den Priester „die Sünden des Volkes übertragen“ (durch Handauflegung) und dann in die Wüste gejagt. Damit war das Volk von seinen Sünden entlastet.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die vielfältige kritische innerösterreichische Literatur (u.a. im von Herbert Dachs u.a. hrsgg. Handbuch des Politischen Systems Österreichs), aber auch eine Reihe internationaler Beiträge, von denen ich nur aus aktuellem Anlaß jenen von Andrew Nagorski, „The Politics of Guilt. Austria's Bigot, Europe's Burden“, in: Foreign Affairs, vol. 79, no.3/2000, S.18-22, erwähnen möchte.

<sup>9</sup> In der aus heutiger Sicht wohl angemessenen Deutung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit als latenten Zustand gesellschaftlicher Traumatisierung (in Folge unaufgearbeiteter individueller und kollektiver Verwicklungen in politisch totalitäre Systeme und die darauf folgenden kriegerischen Ereignissen) diente die Sozialpartnerschaft auch funktional als angemessene Ebene politischer Auseinandersetzung zwischen den Vertretern verschiedener Klasseninteressen an Stelle des in der Zwischenkriegszeit herrschenden Klassenkampfes.

<sup>10</sup> Dies betrifft nicht die tatsächlich in beträchtlichem Ausmaß erfolgte wissenschaftliche Aufarbeitung durch die Zunft österreichischer Historiker zu, und auch nicht auf die vielfältige literarische Behandlung der individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen der prekären österreichischen Geschichte, wohl aber auf das fehlende Problembewusstsein seitens der politischen Eliten und die kaum erfolgte öffentliche politische Diskussion an und durch die Basis der Gesellschaft. Dies erklärt zumindest teilweise das Faktum, dass im privaten Raum (Familie, Betrieb, „Stammtisch“) eine wirkliche Überwindung faschistischen Gedankengutes nicht ausreichend erfolgte.

wurde wiederholt in internationalen komparativen Studien bis in die jüngste Zeit festgestellt und bestätigt, traf aber bei den politisch Verantwortlichen nur auf geringe Resonanz<sup>11</sup>.

Latent hat sich aber, seit den 80er Jahren in stetig steigendem Ausmaß, ein erhebliches Potential an Unzufriedenheit unter der österreichischen Bevölkerung aufgebaut, dass das „alte System“ pauschal ablehnt und populistischen Tendenzen durchaus offen gegenüber steht. Erleichtert wurde dies auch dadurch, dass durch die langfristige politische Machtteilung zwischen SPÖ und ÖVP eine intellektuelle und inhaltlich-pragmatische Schärfung der politischen Auseinandersetzung zwischen den politischen Eliten wegen des mangelhaften Parteienwettbewerbs nicht ausreichend erfolgt war. Treffend hat übrigens auch Alfred Payerleitner in einem Kurier-Kommentar vom Herbst 1999 in Hinblick auf den Zustand der Zusammenarbeit zwischen beiden damaligen Koalitionspartnern gemeint, SPÖ und ÖVP hielten sich aufs engste umschlungen, um nicht aufeinander einzuschlagen. Tatsächlich hat sich aber ein Großteil der österreichischen Bevölkerung daran gewöhnt, dass das politische Koordinatensystem in Österreich ein anderes war und ist als in vergleichbaren westeuropäischen Staaten. Die insulare Position Österreichs (erinnert sei an die Bezeichnung Österreichs durch Papst Johannes Paul den II als „Insel der Seligen“) ist aber spätestens seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und Osteuropa und dem damit verbundenen Ende der globalen Bipolarität, die eine zusätzliche Beschleunigung der tendenziellen Globalisierung eröffnete, ein illusionärer Anachronismus.

Ein völlig veränderter weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Kontext zwingt auch Österreich zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, der von der Abschaffung überfrachteter Doppelgeleisigkeit politischer Administrationen (Verhältnis Bund – Länder) bis hin zur Aufgabe typischer österreichischer Mentalitäten reicht, und im Ergebnis in eine Transformation übermäßiger und längst unproduktiv gewordener strukturell verfestigter und mental gelebter „Innenschau“ in eine verstärkt auf Außenwirksamkeit gerichteten Haltung des Gesamtsystems münden müsste. Tony Judt's pragmatisch-nüchterne Einschätzung, die Vorgänge in Österreich seien lediglich ein ungutes Nebenprodukt, gleichsam die politischen Kosten des mit dem Neubau Europas einhergehenden tiefgreifenden Wandels, nicht einer ernsthaften Krise (siehe *The New York Review of Books*, vom 23. März, S.8-9), mag im Besonderen auch auf Österreich selbst zutreffen und in diesem Zusammenhang tröstlich stimmen. Dass verstärkte Außenorientierung, und damit ein Mehr an transnationaler Konkurrenz, aber mehr Vertrauen und Kohärenz im Inneren voraussetzt, und durch historisch überkommene Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit basierendes Misstrauen sich kontraproduktiv auswirkt, sei nur nebenbei erwähnt.

Am anderen Ende des Argumentations-Spektrums über die Maßnahmen stehen Interpretationsvarianten, die von einer gänzlichen Missachtung des Völkerrechts und vom Verstoß gegen EU-Vertragsrecht durch die XIV sprechen<sup>12</sup>, oder die „Sanktionen der EU“ als ein „Lehrbeispiel“ für „Scapegoatism“ (in die Rolle des Sündenbocks gedrängt werden) erachten.<sup>13</sup> Aus der Distanz eines deutschen Autors beschreibt Karl Otto Hondrich den Mechanismus der Kollusion, des Zusammenspiels und Zusammenwirkens von Akteuren, das

---

<sup>11</sup> So vgl. die sehr grundlegenden Arbeiten von Arend Lijphart, *Democracy in Plural Societies*, New Haven 1977 und Gerhard Lehmbuch/Philippe C. Schmitter (Hrsg.), *Patterns of Corporatist Policy-Making*, London 1982; sowie jüngeren Datums: Anton Pelinka/Fritz Plasser/Wolfgang Meixner (Hrsg.), *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien*, Wien 2000 und Christian Schaller, *Zur Qualität der österreichischen Demokratie. Ausgewählte Analysen – Perspektiven für Demokratiereform*, Wien, Februar 2001.

<sup>12</sup> So vgl. etwa das Gutachten des bekannten österreichischen Verfassungsjuristen Günther Winkler, *Europa Quo Vadis – Die Anatomie eines europäischen Willküraktes*, vgl. auch *Die Presse* vom 11. April 2000. Kritisch dazu u.a. Manfred Rotter, „Analysen der ‚Sanktionen‘ der 14“, in: *Europäische Rundschau* 2000/3, S. 24 (S. 21-37).

<sup>13</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich's Kommentar in der *Wiener Zeitung* vom 19. Mai 2000; Komplettfassung zu finden unter <http://www.wienerzeitung.at/frameless/lexikon.htm?ID=8180>.



erst jenen Mechanismus erzeugt, den der Volksmund als „Sündenbock-Rolle“ bezeichnet, und erst die wirkliche Dynamik „hinter den handelnden Akteuren“ sichtbar macht. Nicht Schuldzuweisung an einen der beteiligten Akteure ist das Ziel derartiger Reflexion, sondern Verständnis der Eingebundenheit, der wechselseitigen Abhängigkeiten und Verwobenheiten in einem Zusammenspiel der Protagonisten und deren nur scheinbar unabhängig voneinander gesetzten Handlungen, die erst eine gesamtheitliche Bekämpfung des zugrundeliegenden Phänomens möglich macht, ist das - hochgesteckte - Ziel. Nicht die Verdammung nationalistisch-xenophober und rassistischer Äußerungen von Vertretern einer Partei einerseits oder unbedachtes und unangemessenes Verhalten der XIV, das lediglich von den eignen Problemen nichts wissen oder ablenken will, um das „Böse“, das „Irrationale“ auf der Suche nach einer eigenen, europäischen Identität, auszugrenzen, ja auszumerzen, vermag ein befriedigendes Ergebnis zu erbringen. Aber eben deshalb, weil der Mechanismus nicht erkannt wird, ja nicht einmal ex ante erkannt werden kann, bediene sich Europa – unbewußt aber effektiv – des „Sündenbocks“ Österreich, der jenes Negative und Verdammenswerte repräsentiert, das das größere Kollektiv nicht sein will: „Aus dieser Perspektive und diesem Anspruch gewinnen dann die fremdenfeindlichen und nationalistischen Töne Haiders, auch wenn es nur Töne und keine Taten sind, den Rang von Todsünden“ (ebd.). Dass dabei das Los des Sündenbocks gerade auf Österreich gefallen ist, sei zufällig erfolgt, auch wenn die FPÖ als rechtspopulistische Partei und Österreich aufgrund seiner imperialistischen und faschistischen Vergangenheit sich als „Prügelknaben“ angeboten haben. Der Sündenbock-Mechanismus funktioniert aber nur in „ehrlicher Selbsttäuschung“ seiner Urheber.

Resümierend kann abschließend festgestellt werden, dass ex post-Reflexionen aller Beteiligten und eine nüchterne und v.a. ehrliche Bestandaufnahme eigener Fehler angebracht scheinen, und nicht die unfruchtbare Schuldzuweisung an „die Anderen“. Dabei sind die Intentionen der Beteiligten zwar nicht vernachlässigbare Größen, aber Bedacht und Aufmerksamkeit sollte v.a. auf jene – vielleicht nicht-intendierten – Ergebnisse gelenkt werden, die bereits wenige Monate nach der Aufhebung der „Sanktionen“ deutlich(er) erkennbar sind: Nach der Fertigstellung und der Diskussion des Berichtes der drei „Weisen“ haben die XIV Staaten diese am 12. September 2000 aufgehoben, und beim Gipfel von Nizza wurde mit einer moderaten Novellierung des Art. 7 EUV ein „Alarmmechanismus“ installiert, der bei ähnlichen zukünftigen Fällen vorsieht, dass auch die beschuldigte Seite gehört werden muss. Ein kleiner, aber nötiger Schritt in die richtige Richtung. Die USA<sup>14</sup> und Israel (das schon kurz nach Bildung der Regierung im Februar 2000 seinen Botschafter Nathan Meron aus Wien abgezogen hat und seither nur durch einen Geschäftsträger vertreten ist), haben die Aufhebung der „Sanktionen“ kritisiert, französische Politiker haben ebenfalls ihr Bedauern ausgedrückt, viele andere Staaten bleiben weiter gegenüber der Regierung auf Distanz. Bei einigen, v.a. kleineren Mitgliedsländern in der EU wurde, meist hinter vorgehaltener Hand, Genugtuung über die Aufhebung geäußert, teilweise auch verbunden mit ein wenig schlechtem Gewissen. Der Bericht der „Weisen“ hatte, nicht grundsätzlich überraschend, neben einiger durchaus harscher Kritik an der FPÖ und einigen ihrer Vertreter, der Wiener Regierung durchaus gute Noten ausgestellt.

Was war nun der tatsächliche Effekt der Maßnahmen oder „Sanktionen“? Einerseits haben offensichtlich die XIV ihr selbstgestecktes Ziel, nämlich die Verhinderung bzw. den Rücktritt der Regierung vom Februar 2000 nicht erreicht, was angesichts der vielfältigen Erfahrungen mit Sanktionen oder Boykott-Maßnahmen auch nicht überrascht. Sie haben allerdings den vorläufigen Rückzug Jörg Haiders aus der Bundespolitik bewirkt. Überdies könnten die mittel- bis langfristigen indirekten Wirkungen für beide Seiten von sehr erheblicher Natur sein: Zwar

---

<sup>14</sup> Eine Sprecherin des US-State Department hatte am 13. September 2000 erklärt, die USA werde Österreich am Maßstab von Menschenrechten, Toleranz und „Guten Regierens“ weiter beobachten. „Wir sind beunruhigt von manchen Positionen und Äußerungen der FPÖ“ (vgl. [www.wno.org/newpages/po125.html](http://www.wno.org/newpages/po125.html)).

hatte sich die österreichische Bevölkerung größtenteils mit der Bundesregierung solidarisiert, wie dies denn auch in den meisten anderen Fällen von Sanktionen bzw. externer Kritik an Regierungen üblicherweise der Fall ist. Allerdings zeichnen Meinungsbefragungen (vgl. etwa jene im *profil* vom 2. April 2001, S.34) und v.a. das Ergebnis mehrerer Landtagswahlen ein sehr klares Bild einer erheblich geschwächten FPÖ und ein offensichtlich verblasendes Charisma ihres „Führers“, der nicht mehr länger als direkter Akteur der Bundespolitik wirken kann. Die Regierungsbeteiligung hat, ob auch auf Dauer ist noch nicht abzusehen, die als Oppositionspartei von Wahlsieg zu Wahlsieg stürmende Protest-Partei zumindest entzaubert und einen Teil des gewonnenen Wählerpotentials zu realistischerer Einschätzung in Hinblick auf die Verlässlichkeit und Durchsetzbarkeit von Versprechungen gebracht. Längerfristig besteht die Chance, dass die FPÖ sich entweder zu einer „normalen“ Rechtspartei entwickelt oder sich jene Kräfte durchsetzen, die für eine stärkere neoliberale Linie eintreten. Auch die SPÖ und die Grünen (und längerfristig auch die ÖVP) sind durch den verschärften Wettbewerb um Wählerstimmen gezwungen und –anscheinend – auch bereit, tiefgreifende Veränderungen in ihren Strukturen und grundlegenden Strategien vorzunehmen. Dies müsste auch – mehr als fünfzig Jahre danach – eine unzweideutige und tabufreie Auseinandersetzung Österreichs unter Einschluss seiner Parteien mit den unangenehmen offenen Fragen zur Vergangenheit miteinschließen<sup>15</sup>, wobei der Fokus nicht auf die nimmermüde Archäologie der Vergangenheit, sondern auf eine positive Gestaltung der Zukunft gerichtet werden sollte. Eine weitere „Normalisierung“ des österreichischen politischen Systems im Sinne seiner „Verwestlichung“ (nicht: „Amerikanisierung“) scheint sehr wahrscheinlich. Für diese These spricht auch die Tatsache, dass in der innerösterreichischen politischen Debatte Intellektuelle eine bedeutendere Rolle als in der Vergangenheit gespielt haben. Eine von vielen befürchtete breite und dauerhafte Ablehnung der EU durch die österreichische Bevölkerung scheint sich nicht zu bewahrheiten, auch wenn in der Zeit der aufrechten Maßnahmen die Bejahung der EU, wie Meinungsumfragen aus dieser Periode zeigten, nicht unerheblich zurückgegangen ist. Nach deren Aufhebung scheint sich wiederum eine deutlich verbesserte Akzeptanz der EU seitens der Österreicher anzudeuten.<sup>16</sup>

Für die Europäische Union, deren Schwächen und Versäumnisse hinlänglich bekannt sind (Stichworte: Institutionen-Reform, Europäische Identität und Bürgernähe, kohärente Außendarstellung, etc.) hat der „Fall Österreich“ Gefahren aber auch mögliche Perspektiven aufgezeigt: Neben der – oft schmerzhaften und schwierigen – Suche nach gemeinsamen Werten, Standards und vereinfachten Entscheidungsmechanismen und -verfahren ist die EU auf den schwierigen Weg hin zu einer Solidargemeinschaft, die ohne harte Auseinandersetzung und ein gemeinsames Ringen um Wertvorstellungen und Ziele nicht auf technokratischem Weg allein, gleichsam „richtig und punktgenau“ konstruiert werden kann. Der Weg zu einer echten politischen Einheit ist ein Lernprozeß, der Versuch und Irrtum ebenso einschließt wie wechselseitige Verletzung von Interessen und Mentalitäten und der notgedrungenen Weise auch schmerzhaft Anpassungsprozesse impliziert. Die angestrebte politische Finalität braucht eine europaweite Debatte, die Einmischung in die „res publicae“, die nicht länger nur national begrenzt werden können, sondern ihre Grenzen erst an der jeweiligen Außengrenze der Europäischen Union findet. Insofern liegen alle jene larmoyanten Hinweise, die EU und die XIV verhielten sich am Balkan, im Tschetschenien-Konflikt oder sogar im Umgang mit Diktaturen vorsichtiger und feinfühlicher als in Fragen der österreichischen „Sanktionen“, grundsätzlich falsch, weil Österreich für Schweden genauso wie Großbritannien für Österreich etc. „res

---

<sup>15</sup> Vgl: Thomas Nowotny, „Austria-A Pariah Country“, in: Partisan Review 3/2000, S. 416 (S. 411-420), der u.a. schreibt: „Evidently, Austria has not come to terms with its past. Nonetheless, many of the accusations against Austria miss the point.“

<sup>16</sup> Vgl. die diesbezüglichen Daten in den Eurobarometern Nr. 52-54: 42% pro und 18% kontra (Nr.52, Erhebungszeitraum von Oktober-November 1999) standen 33% pro und 25% Ablehnung (im Bericht Nr. 53, Erhebungszeitraum von April-Mai 2000) gegenüber. In den erst vorläufig und unvollständig veröffentlichten Daten des Berichts 54 (Erhebungszeitraum vom November-Dezember 2000) wird von einer Steigerung um 5 Prozentpunkte der österreichischen pro-Stimmen ausgegangen.

nostra“ bedeutet, was wir noch nicht ausreichend verstanden haben.

Vielleicht markiert die Auseinandersetzung um die österreichische Regierungsbildung des Februar 2000 – auch wenn uns das heute so überhaupt nicht passt - retrospektiv betrachtet einmal tatsächlich so etwas wie die Initialzündung zu einen EU-weiten politischen Diskurs des im Entstehen begriffenen *europäischen Demos* über grundsätzliche Fragen von Politik, von Werten und über ein Selbstverständnis, das über die gewohnten nationalen Spezifika weit hinausreicht.

Die Auseinandersetzung um die von den XIV gegen Österreichs Regierung gerichteten Maßnahmen haben alle Beteiligten ohne großen Gesichtsverlust überstanden, es gibt keine offensichtlichen triumphierenden Sieger und keine gedemütigten Verlierer. Letztlich mag für das geplagte und ratlose Österreich tröstlich sein, dass jede andere Regierungskonstellation die vorhandenen Probleme aller Voraussicht nach nicht gelöst, sondern noch zusätzlich verschärft, im besten Fall hinausgezögert hätte, und der Umgang mit politischem Extremismus im größeren Kontext der Europäischen Union leichter zu handhaben sein dürfte, als im engen nationalen Korsett.